

Berner Kirchen: Hat ihr letztes Stündlein geschlagen?

Lokalpolitiker will alle Geläute nachts zum Schweigen bringen.

VON RICARDO TARLI

Die Friedenskirche im Berner Mattenhofquartier sorgt für Unfrieden. Stein des Anstosses: die Turmuhr. Zu jeder Viertelstunde, Tag und Nacht, erklingen aus dem Kirchturm kräftige Glockenschläge. «Das laute Gebimmel raubt mir den Schlaf», klagt eine langjährige Anwohnerin, die anonym bleiben will. «Die Schläge sind eine Qual, vor allem in der Nacht. Das Einschlafen fällt mir schwer, und ich werde auch aus dem Schlaf gerissen.»

Die Schlafstörungen hätten bei ihr sogar zu gesundheitlichen Beschwerden geführt, erzählt die Bernerin. Sie leide unter Herzrasen und Ohrensausen und habe sich deswegen in ärztliche Behandlung begeben müssen. Die Frau ist nicht die einzige Anwohnerin, die unter den nächtlichen Glockenschlägen leidet. Wie die «Schweiz am Sonntag» erfahren hat, liegen dem Polizeiinspektor bereits mehrere Beschwerden zur Friedenskirche vor.

Robert Ruprecht, Präsident des Kirchengemeinderates, kann die Reklamationen von Anwohnern nur bedingt nachvollziehen: «2012 wurde eine elektronisch gesteuerte Schlagreduktion eingebaut. Seither schlägt die Turmuhr nachts leiser.» Der Glockenstreit im Mattenhofquartier ist kein Einzelfall. Immer mehr Bernerinnen und Berner, die in der Nähe einer Kirche wohnen, fühlen sich vom nächtlichen Glockenschlag massiv gestört. «In den vergangenen Jahren haben Reklamationen wegen Ruhestörung durch Kirchengeläut zugenommen», sagt Norbert Esseiva, Leiter der Berner Orts- und Gewerbebehörde.

Alle Glocken sollen schweigen

Stadtrat Marcel Wüthrich (48) will die Störung der Nachtruhe durch Glockenschläge nicht länger hinnehmen. «Das Problem ist seit Jahren bekannt. Trotzdem ist bislang zu wenig passiert. Wollen sich die Anwohner dagegen wehren, müssen sie mit langwierigen Rechtsstreitigkeiten rechnen.» Als Beispiel nennt Wüthrich die Pauluskirche im Länggassquartier. Erst nach Klagen von Anwohnern verordnete das Polizeiinspektorat 2011 die Einstellung der nächtlichen Glockenschläge.

Mit einem parlamentarischen Vorstoss will der Vertreter der Grünen Freien Liste (GFL) im Berner Stadtparlament nun erreichen, dass nachts keine Kirchenuhr mehr schlagen darf, und zwar auf dem gesamten Stadtgebiet. Nächsten Donnerstag wird er im Parlament eine entsprechende Motion einreichen. Geht es nach dem Willen des Grünen Politikers, sollen zwischen 22 Uhr und 7 Uhr alle Kirchenglocken der



Schlafraubend: Die Friedenskirche in Berns Mattenhofquartier.

Mike Lehmann

Nachts nur noch mit stündlichem Schlag

Bei Streitigkeiten wegen der Störung der Nachtruhe durch Kirchenglocken sind im vergangenen Jahr zwei Entscheide mit Signalwirkung gefällt worden. Laut einem Urteil des Zürcher Verwaltungsgerichts darf die reformierte Kirche in Wädenswil nachts nur noch stündlich schlagen.

So auch im Fall der reformierten Kirche in Worb: Die Polizeidirektion des Kantons Bern entschied, dass nachts nur noch der Stundenschlag erlaubt ist. Die Entscheide, die mit der ETH-Studie begründet werden, sind noch nicht rechtskräftig. Sie sind an die nächsthöhere Instanz, im Fall

Wädenswil an das Bundesgericht, weitergezogen worden. Mit einem Entscheid des obersten Schweizer Gerichts wird bis Mitte Jahr gerechnet. Seit 2013 schweigen in Winterthur nachts die Glocken der katholischen Kirchen – nach zähen Verhandlungen mit einigen Anwohnern.

Bundeshauptstadt schweigen. Die wenigen katholischen Kirchen in der Stadt Bern verzichten seit längerem auf den Glockenschlag, nicht nur nachts, sondern rund um die Uhr.

Stärker als der Fluglärm

Landauf, landab gehen Anwohner von Kirchen auf die Barrikaden. «Für viele Menschen, die in unmittelbarer Nachbarschaft einer Kirche wohnen, ist der nächtliche Glockenschlag eine grosse Belastung», argumentiert Marcel Wüthrich. Er verweist auf eine Feldstudie der ETH Zürich, die 2011 publiziert worden war. Die Studie untersuchte den Einfluss von Kirchenglocken auf die «Aufwachwahrscheinlichkeit» von Schlafenden. Fazit: Kirchenglocken können den Schlaf noch stärker stören als Fluglärm.

Das ETH-Gutachten spielte bei der Beurteilung von zwei juristischen Streitfällen in Wädenswil und Worb eine entscheidende Rolle (siehe Kasten).

Die Anhänger des kirchlichen Glockenklangs berufen sich auf die Tradition. Wüthrich widerspricht: «Das Recht der Menschen auf Ruhe und Erholung wiegt mehr als die Tradition. Der Uhrschlag entspringt nicht einer christlichen Tradition, sondern diente einst der zeitlichen Orientierung. Heutzutage ist niemand mehr darauf angewiesen.» Das Geläut, das etwa bei Gottesdiensten, Taufen, Hochzeiten oder Trauerfeiern ertönt, wolle er nicht einschränken. Die Evangelisch-reformierte Gesamtkirchengemeinde Bern will die Motion Wüthrich nicht kommentieren, signalisiert aber Gesprächsbereitschaft.

Gefährliche Gewalt- und Sex-Täter herausfiltern

Der Bundesrat muss Standards im Umgang mit Tätern festlegen. Doch die Westschweiz stellt sich quer.

VON FABIENNE RIKLIN

Nichts wühlt die Bevölkerung mehr auf, als wenn Kriminelle rückfällig werden. Lucie, Adeline oder Marie heissen die Opfer solcher Gewalttäter. Und stets stellen sich die gleichen Fragen: Wären die Schreckenstaten zu verhindern gewesen? Haben die Behörden versagt?

Doch bis heute gibt es kein einheitliches Beurteilungsverfahren, um die Rückfall- und Sicherheitsrisiken von Tätern einzuschätzen. Das ändert sich nun, zumindest in der Deutschschweiz. Im vergangenen Dezember haben die Kantone der Nordwest- und Innerschweiz entschieden, das Instrument ROS einzuführen. Es handelt sich um ein Beurteilungssystem nach internationalen Standards. Die Ostschweizer wenden den Risikoorientierten Sanktionenvollzug bereits seit 2013 an. Doch das Tessin und die Westschweizer stellen sich dagegen.

«Das ist einfach nicht akzeptabel», geisselt Karin Keller-Sutter, FDP-Ständerätin und ehemalige Präsidentin der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD), dieses Verhalten. ROS sei erprobt und müsse in allen Kantonen verbindlich sein. Allerdings drückte sich auch der Bundesrat vor einheitlichen Standards und wendete entsprechende Anfra-

gen mehrmals ab. Doch im März sagte der Nationalrat und im September der Ständerat Ja zur Motion, die einheitliche Bestimmungen fordert. Nun muss der Bundesrat bis im Herbst 2018 Massnahmen treffen.

Vertreter des Bundesamts für Justiz haben sich am Freitag mit der Strafvollzugskommission der KKJPD zum Thema getroffen. Dabei stellten die Deutschschweizer Kantone klar: «Wir halten an ROS fest.» Dies sagt Benjamin Brägger, Konkordatssekretär Nordwest- und Innerschweiz. Das System bewähre sich. «Daher sollten es alle Kantone übernehmen.» Etwas Neues zu suchen, wäre falsch.

Rückfallzahlen senken

Ab 2010 testeten Zürich, Luzern, St. Gallen und Thurgau ROS. Die Beteiligten sind zufrieden. «Wir gehen davon aus, dass mit ROS die Rückfallzahlen reduziert werden. Konkrete Zahlen liegen jedoch erst 2020 vor», sagt Rebecca de Silva vom Amt für Justizvollzug Zürich. Sie stützt ihre Aussagen auf internationale Forschungen. Diese zeigen: Werden wie bei ROS die anerkannten wissenschaftlichen Prinzipien angewendet, dann lassen sich die Rückfallzahlen um bis zu 30 Prozent senken.

Auch das Bundesamt für Justiz stellt ROS ein gutes Zeugnis aus. Die Straftäter werden einem Screening unterzogen und in die Kategorien A, B oder C eingeteilt. Bei den A-Fällen handelt es sich um jene Täter, die keine vertieften Risikoabklärungen benötigen. Anders bei B- und C-Fällen. Zahlen aus Zürich zeigen, dass je 15 Prozent als B- und C-Fälle klassifiziert werden.

Allianz fordert Klarheit zum AKW Leibstadt

Eine Gruppe von Schweizer und deutschen Parteien und Organisationen fordert, dass die Probleme beim Atomkraftwerk Leibstadt umfassend abgeklärt werden, bevor dessen Reaktor hochgefahren wird. Dies teilten die SP, die Grünen, Greenpeace und weitere Organisationen dem Bundesrat und der Nuklearaufsichtsbehörde Ensi in einem Schreiben mit, das sie auch den Medien zustellten.

Die Schäden an den Brennstäben seien zwar festgestellt worden, doch es fehle eine wissenschaftliche Untersuchung zu den Ursachen der Korrosionsschäden und ebenso zu deren möglichen Auswirkungen. Die Organisationen fordern zudem, dass auch

der Atomenergie gegenüber kritisch eingestellte Fachleute in den verantwortlichen Behörden und Sicherheitskommissionen Einsitz bekommen.

Bevor diese Massnahmen getroffen seien, dürfe Leibstadt nicht in Betrieb gehen, verlangen die Kritiker, in deren Chor auch Nachbarn von ennet der Grenze einstimmen. Das Kraftwerk wurde Anfang August 2016 vom Netz genommen, weil bei Kontrollen Schäden an den Brennelementen entdeckt wurden, deren Ursachen noch ungeklärt sind. Unterdessen hat das Ensi jedoch zunächst die Kernbeladung des Reaktors erlaubt und scheint Vorbereitungen zu dessen Hochfahren zu tolerieren. (FB)

INSERAT

Leo Wundergut & das Staatsorchester

DAVON GEHT DIE WELT NICHT UNTER

ein musikalischer Rettungsanker

Weitere Informationen zur Tournée: wundergut.ch

Leo Wundergut **Gesellschafts-Tenor** Benedetto Rubini **Belcanto** Irène Fritsch **Gotte**
Bruno Brandenberger **Bass** Noëlle Gruebler **Violine** Richard Secrist **Direktions-Piano** sowie Überraschungsgäste & ein Hund
Michi Rüegg **Buch** Familie Fueter **Ausstattung & Produktionsleitung** Horst Tappert **Dramaturgie** Felix Benesch **Regie**
navneloes **Artwork**

Ab März 2017 im
Miller's
Reservation:
044 387 99 79
millers.ch

Von den
Machern von
ROSTIET RELOADED

AMT FÜR IDEEN | Musik Zürich | Stadt Zürich | uroviva | RADO | TagesAnzeiger | H E V Schweiz | SUBARU | VBS | Schweizer Familie